



Bundesministerium
des Innern

Verfassungsschutzbericht 2013

Fakten und Tendenzen

– Kurzzusammenfassung –



Verfassungsschutzbericht 2013

Fakten und Tendenzen

– Kurzzusammenfassung –

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----------|
| Politisch motivierte Kriminalität (PMK) | 7 |
| Rechtsextremismus | 9 |
| Linksextremismus | 16 |
| Islamismus/islamistischer Terrorismus | 20 |
| Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern (ohne Islamismus) | 26 |
| Bedeutung des Internets für extremistische Bestrebungen | 30 |
| Spionage und sonstige nachrichtendienstliche Aktivitäten | 32 |
| „Scientology-Organisation“ (SO) | 35 |
| Notizen | 37 |

Politisch motivierte Kriminalität (PMK) ¹

Das Bundeskriminalamt (BKA) registrierte für das Jahr 2013 insgesamt 31.645 (2012: 27.440) politisch motivierte Straftaten. In dieser Zahl sind 13.105 (41,4%) Propagandadelikte enthalten (2012: 13.524 Delikte = 49,3%). 2.848 Taten (9,0%) sind der politisch motivierten Gewaltkriminalität zuzuordnen (2012: 2.464 = 9,0%). Bei 22.129 Straftaten (69,9%) der politisch motivierten Straftaten lag ein extremistischer Hintergrund vor (2012: 21.265 = 77,5%). Davon konnten 537 (2012: 284) keinem bestimmten Phänomenbereich zugeordnet werden.

Hervorzuheben sind zwei Aspekte:

- die erneut angestiegene Zahl fremdenfeindlicher Gewalttaten sowie
- der enorme Anstieg linksextremistischer Gewalttaten.

Im Einzelnen:

Im Phänomenbereich „**Politisch motivierte Kriminalität – rechts**“ wurden 16.557 (2012: 17.134) Straftaten mit extremistischem Hintergrund erfasst, darunter 801 (2012: 802) Gewalttaten. Damit sank die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten um 3,4%, während die Zahl der Gewalttaten gleich geblieben ist. Der Anteil der Gewalttaten an der Gesamtzahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten beträgt 4,8% (2012: 4,7%). Bei 80,7% (2012: 81,4%) aller rechtsextremistisch motivierten Straftaten handelte es sich um Propagandadelikte (11.639 Taten, 2012: 12.219) und um Fälle von Volksverhetzung (1.727 Taten, 2012: 1.733).

Insgesamt wurden 473 fremdenfeindliche Gewalttaten verübt (2012: 393), womit die Zahl zum dritten Mal in Folge angestiegen ist und den höchsten Stand seit 2006 (484) erreicht hat. Drei der insgesamt vier versuchten Tötungsdelikte hatten einen fremdenfeindlichen Hintergrund. 146 Gewalttaten (2012: 189) richteten sich gegen Linksextremisten oder vermeintliche Linksextremisten, weitere 52 (2012: 66) gegen sonstige politische Gegner.

Dem Phänomenbereich „**Politisch motivierte Kriminalität – links**“ wurden 8.673 (2012: 6.191) Straftaten zugeordnet, hiervon 1.659 (2012: 1.291)

1 Die Zahlen basieren auf Angaben des BKA.

Gewalttaten. In diesem Bereich wurden 4.491 (2012: 3.229) Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund erfasst, darunter 1.110 (2012: 876) Gewalttaten, womit annähernd das Niveau von 2011 mit der bislang höchsten Zahl linksextremistisch motivierter Gewalttaten seit der Einführung des geltenden Definitionssystems „Politisch motivierte Kriminalität“ im Jahr 2001 erreicht wurde. Dies bedeutet einen Anstieg linksextremistisch motivierter Straftaten um 39,1% und der Gewalttaten um 26,7%. Von den linksextremistisch motivierten Gewalttaten wurden 632 (2012: 471) gegen die Polizei oder Sicherheitsbehörden und 566 (2012: 405) gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten sowie 151 Gewalttaten (2012: 32) im Themenfeld „Kampagne gegen Umstrukturierung“ ausgewiesen.²

Im Phänomenbereich „**Politisch motivierte Ausländerkriminalität**“ wurden 544 (2012: 618) Straftaten mit extremistischem Hintergrund erfasst, darunter 76 (2012: 117) Gewalttaten. Damit sank die Zahl der Straftaten im Bereich „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“ mit extremistischem Hintergrund um 12,0% und die Zahl der Gewalttaten um 35%.

Rechtsextremismus

Das **rechtsextremistische Personenpotenzial** war – wie bereits in den Vorjahren – leicht rückläufig und umfasste Ende 2013 nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften insgesamt 21.700 Personen. Die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten ist mit 9.600 gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Mehr als ein Viertel aller Rechtsextremisten sind Neonazis, wenngleich das Personenpotenzial der neonazistischen Szene mit rund 5.800 Personen erstmals seit einigen Jahren leicht gesunken ist. Nach wie vor macht die subkulturelle rechtsextremistische Szene mit gut 30% den größten Anteil am Gesamtpotenzial aus (2013: 7.400), wobei der typische Skinhead immer mehr an Bedeutung verliert.

| Rechtsextremismuspotenzial¹ | | |
|--|---------------|---------------|
| | 2012 | 2013 |
| Subkulturell geprägte Rechtsextremisten | 7.500 | 7.400 |
| Neonazis² | 6.000 | 5.800 |
| in Parteien | 7.150 | 7.000 |
| „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) | 6.000 | 5.500 |
| „DIE RECHTE“ | 150 | 500 |
| „Bürgerbewegung pro NRW“ („pro NRW“) | 1.000 | 1.000 |
| Sonstige rechtsextremistische Organisationen | 2.500 | 2.500 |
| Summe | 23.150 | 22.700 |
| nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften³ | 22.150 | 21.700 |
| davon gewaltbereite Rechtsextremisten | 9.600 | 9.600 |

1 Die Zahlen sind z.T. geschätzt und gerundet.
2 Nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften innerhalb der Neonazi-Szene.
3 Die Mehrfachmitgliedschaften im Bereich der Parteien und sonstigen rechtsextremistischen Organisationen wurden vom gesamten Personenpotenzial abgezogen.

Wie bereits in den Vorjahren ist annähernd jeder zweite Rechtsextremist **gewaltbereit**. Die **Militanz** der Szene manifestiert sich in dem unverändert hohen Niveau rechtsextremistischer Gewalttaten, die ihren Ausgangspunkt in der gewaltfördernden Hetze gegen diverse Feindgruppen wie „Fremde“ und politische Gegner findet. Das Gewaltpotenzial der rechtsextremistischen Szene zeigt sich zudem in der Waffenaffinität. Auch im Jahr 2013 wurden bei Durchsuchungsmaßnahmen immer wieder funktionsfähige Waffen gefunden.

Die Warnung vor dem „drohenden Volkstod“ ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass gewaltbereite Extremisten ihre Aktionen immer als Notwehrmaßnahmen gegen einen vermeintlich übermächtigen Gegner verstehen, in einer Situation, in der legale Mittel nicht ausreichend erscheinen. Dieser in einem endzeitlichen Duktus vorgetragene Beweggrund schafft das geistige Umfeld für entsprechende Taten und trägt die Figur des militanten Vorkämpfers in sich.

Es ist eine wesentliche Aufgabe des Verfassungsschutzes, in einer Szene, der im hohen Maße irrational argumentierende, von Gewaltphantasien und apokalyptischen Bildern geprägte Personen angehören, diejenigen ausfindig zu machen, die womöglich im Begriff sind, sich das Motto des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) „Taten statt Worte“ zu eigen zu machen.

Der gewaltbereite Rechtsextremismus bleibt ein Arbeitsschwerpunkt des Verfassungsschutzes. Dazu gehört vor allem, strafrechtlich relevante Sachverhalte rasch an die Ermittlungsbehörden weiterzuleiten. Auch im Jahr 2013 bearbeitete das BfV mehrere Gefährdungssachverhalte, bei denen Anhaltspunkte für ein mögliches rechtsterroristisches Handeln vorlagen. Die enge Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Polizei trug maßgeblich dazu bei, dass der Generalbundesanwalt (GBA) in mehreren Fällen Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) einleitete.

Rechtsextremistische Gewalt wird überwiegend spontan verübt. Während solche Gewalttaten in der Regel eher von subkulturell geprägten rechtsextremistischen Tätern ohne festgefügte Szeneanbindung begangen werden, sind geplante und zielgerichtete rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten eher dem neonazistischen Spektrum zuzurechnen.

Der seit Jahren festzustellende Trend, weg von festgefügtten Organisationen hin zu **informellen Formen der Zusammenarbeit und Koordination**, setzte sich weiter fort. Auf der anderen Seite kam es vor dem Hintergrund der Vereinsverbote gegen neonazistische Kameradschaften zu neuerlichen Diskussionen über geeignete Organisationsmodelle, was zur Gründung neuer rechtsextremistischer Parteien geführt hat.

So dominieren Aktivisten aus verbotenen **neonazistischen Organisationen** in Nordrhein-Westfalen den Landesverband der im Mai 2012 von dem Neonazi Christian Worch gegründeten Partei „**DIE RECHTE**“. Die mittlerweile rund 500 Mitglieder sind mehrheitlich dem neonazistischen Spektrum zuzurechnen. Unverhohlen wird von der Partei die Teilnahme am demokratischen Willensbildungsprozess bzw. an Wahlen als Mittel zum Zweck bezeichnet: als eine Möglichkeit, Strukturen für ihren antidemokratischen Kampf erhalten und entwickeln zu können. Verbotsmaßnahmen, die gerade den Zweck haben, Strukturen zu zerschlagen, werden auf diese Weise in ihrer Wirkung zumindest eingeschränkt. Auch bei weiteren neonazistischen Organisationen ist ein Ausweichen in die Strukturform einer politischen Partei künftig nicht auszuschließen. Süddeutsche Neonazis beobachteten aufmerksam die Neugründung der rechtsextremistischen Kleinpartei „**Der III. Weg**“ im September 2013.

Das Verhältnis der Neonazi-Szene zur „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) ist weiterhin uneinheitlich. Während der weitaus größte Teil der Neonazi-Szene mit der Partei kooperiert und diese unterstützt, haben sich die Spannungen zwischen der NPD und Neonazis in einigen Regionen (wie z.B. Nordrhein-Westfalen und Bayern) erhöht.

Die seit Jahren anhaltenden Mitgliederverluste bei der **NPD** haben sich auch 2013 fortgesetzt. Ende 2013 gehörten der Partei 5.500 Mitglieder an. Die NPD sah sich zur Jahreswende neben einem für die Partei enttäuschenden Ergebnis bei der Bundestagswahl, finanziellen Schwierigkeiten und dem Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht nunmehr auch personellen Verwerfungen in der Parteiführung ausgesetzt. Ende 2013 gab der um eine „seriöse Radikalität“ bemühte, jedoch weithin unbeliebte Parteivorsitzende Holger Apfel unter fragwürdigen Umständen sein Amt auf. Sein vom Parteivorstand bestimmter, für seinen Ver-

balradikalismus bekannter Nachfolger Udo Pastörs befürwortet seit jeher das „Volksfront“-Konzept, also das enge Bündnis zwischen Partei und Neonazis. Pastörs erlitt jedoch bereits auf dem Nominierungsparteitag für die Europawahl am 18. Januar 2014 einen Autoritätsverlust, als er in einer Kampfkandidatur um den ersten Listenplatz bei der Europawahl gegen den langjährigen Parteivorsitzenden Udo Voigt unterlag.

Es bestehen weiterhin keine Zweifel an der ideologisch-strategischen Grundausrichtung der Partei und an ihrer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland gerichteten Politik.

Hauptagitationsfeld der „**Bürgerbewegung pro NRW**“ ist eine angeblich drohende Islamisierung Deutschlands bzw. Europas. Gleichwohl richtet sich die fremdenfeindliche Agitation der Partei seit dem Frühjahr 2013 verstärkt gegen Asylsuchende und Zuwanderer allgemein, unabhängig von deren religiösen Bekenntnissen: durch eine „Volksinitiative gegen Asylmissbrauch“, die von einer Serie von Kundgebungen vor „Brennpunkten des Asylmissbrauchs“ – zumeist vor Asylbewerberheimen – in 21 deutschen Städten flankiert wurde. In das Zielspektrum der Partei gerieten in der Folgezeit vor allem Sinti und Roma.

Gefahren für die innere Sicherheit erwachsen insbesondere aus der **Konfrontation zwischen den Extremisten**: rechts gegen links, rechts gegen Islamisten. Rechtsextremistische und linksextremistische „Outing-Aktionen“, sowohl in der Realwelt als auch im Internet, erzeugen ein Klima latenter Gewalt. Auch wenn die Akteure nicht immer auf eine direkte Gewaltanwendung zielen, werden potenziellen Gewalttätern hierbei mögliche Zielpersonen mit detaillierten Angaben zu den Lebensumständen präsentiert. Bei Demonstrationen kann oftmals nur ein großes Polizeiaufgebot eine direkte gewaltsame Konfrontation verhindern.

Neben den bekannten Feindbildern wie Fremde, „Andersartige“, „Asoziale“, Juden, politische Gegner und Repräsentanten des demokratischen Rechtsstaates (z.B. Polizisten, Staatsanwälte, Richter) geraten auch **Journalisten in das Visier von Rechtsextremisten**. Die abschätzig als Vertreter der „Systempresse“ titulierten Journalisten werden mitunter in ihrer Berufsausübung beeinträchtigt. In Einzelfällen geht dies über

verbale Attacken hinaus: So wurde im August 2013 bei einer Demonstration in Bad Nenndorf (Niedersachsen) einem Journalisten mit einer Fahnenstange auf den Kopf geschlagen. Rechtsextremisten bauen darüber hinaus ein Bedrohungsszenario durch „Outings“ auf: Adressen und Diffamierungen werden im Internet publiziert, womit potenziellen Gewalttätern Ziele angeboten werden. Ein weiteres Gefahrenmoment stellen Rechtsextremisten dar, die sich Presseausweise verschafft haben und sich so als Journalisten ausgeben, um so Polizeiabsperungen zu überwinden und Gegendemonstranten zu fotografieren.

Wenn auch bundesweit von einer tiefen gesellschaftlichen Verankerung des Rechtsextremismus nicht die Rede sein kann, so ist dessen Verbreitung in einigen Regionen dennoch unverkennbar. In dieser Situation blicken deutsche Rechtsextremisten auf **Bewegungen in anderen Ländern**: auf die Erfolge parlamentarisch orientierter Rechtsextremisten und -populisten, aber auch auf militante Formen, wie das kulturevolutionäre Casa Pound in Italien und insbesondere die Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) in Griechenland.

Die Erfolge griechischer Rechtsextremisten werden etwa vom neonazistischen „Freien Netz Süd“ (FNS) als „Fanal für alle nationalistischen Gruppen“ gewertet. Sie zeigten, dass „die schlafenden Massen noch erweckt werden können, wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen stimmen“. Entsprechend werden Kontakte geknüpft, so z.B. als deutsche Rechtsextremisten im Februar 2013 auf Einladung der dortigen „Kameraden“ nach Athen reisten. Dieser Bewunderung tat auch die Ermordung eines antifaschistischen Künstlers durch einen Sympathisanten der militanten griechischen Organisation keinen Abbruch, ebenso wenig wie die Ermittlungen der Polizei gegen Funktionäre der Goldenen Morgenröte wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung. Im Gegenteil: Neonazis organisierten Solidaritätsveranstaltungen, u.a. vor dem Griechischen Generalkonsulat in München („Vereint im Kampf für ein freies Europa der Vaterländer ... Seite an Seite“).

Rechtsextremisten sind mitunter bemüht, ihre **Ideologie in vordergründig unverdächtige Zusammenhänge** zu stellen. Sie engagieren sich zu gesellschaftspolitisch relevanten Themen und offenbaren dabei nicht

immer oder erst nach einiger Zeit ihren politischen Hintergrund. Dies gilt in Fragen der Ökologie und im Tierschutz, in Kampagnen gegen Kindesmissbrauch sowie als praktische Solidarität bei Hilfsmaßnahmen für Opfer der Flutkatastrophe in einigen Regionen Deutschlands.

Von besonderer Bedeutung war im Jahr 2013 die **Asylpolitik**. Rechtsextremisten griffen dieses Thema im Sinne ihrer rassistischen und fremdenfeindlichen Agenda auf. Sie versuchten unablässig, in Orten mit (geplanten) Asylbewerberheimen Proteste eines Teils der Bevölkerung zu radikalieren und in ihrem Sinne zu nutzen, insbesondere durch Gründung oder Infiltrierung von Bürgerinitiativen. Mit einer heimlichen, verborgenen Teilnahme an Bürgerinitiativen sollte der Wirkungskreis auch über die eigene Klientel hinaus erweitert werden, was durch die z.T. hohen Teilnehmerzahlen bei Demonstrationen auch gelungen ist. Mit offen rechtsextremistischen Initiativen warben Parteien wie die NPD um Anerkennung als Wahlalternative. Insbesondere mit der Durchführung von Kundgebungen in unmittelbarer Nähe zu geplanten oder bereits existierenden Asylunterkünften erhofften sich die Parteien in diesen Wahlkreisen deutlich höhere Stimmenanteile für anstehende Wahlen. Mit einer entsprechenden Agitation ist auch im Wahljahr 2014 zu rechnen.

Auch wenn diese Agitation gegen Asylbewerber(-heime) nicht ausdrücklich auf Gewalt ausgerichtet ist, kann sie doch eine Eigendynamik entwickeln und Einzelne bzw. Kleinstgruppen zu gewalttätigen Aktionen animieren. So hat sich auch die Anzahl von Straftaten gegen Asylunterkünfte im Vergleich zum Vorjahr mit 58 (2012: 24) mehr als verdoppelt.

Rechtsextremisten versuchen, ihre Ideologie mit **Demonstrationen und Musikveranstaltungen** zu verbreiten. Die NPD mobilisierte zu 95 Kundgebungen (2012: 116) eine nennenswerte Anzahl an Teilnehmern; Neonazis initiierten insgesamt 85 Demonstrationen (2012: 95). Des Weiteren wurden 31 zumeist kleinere Demonstrationen der Partei „DIE RECHTE“ sowie 30 Demonstrationen von „pro NRW“ registriert.

Musik mit rechtsextremistischen Texten spielt nach wie vor eine wichtige Rolle. Sie dient insbesondere der Gewinnung neuer Anhänger, zur sceneinternen Bindung und zur Mobilisierung für öffentliche Kundgebungen. Die Anzahl der rechtsextremistischen Konzerte ging 2013 mit

78 Veranstaltungen gegenüber dem Vorjahr (82) leicht zurück. Während die Zahl der Veranstaltungen, bei denen einschlägig bekannte Musiker im Rahmenprogramm rechtsextremistischer Parteiveranstaltungen auftraten, leicht rückläufig war (46 gegenüber 49 im Vorjahr), stieg die Zahl der meist in kleinem Rahmen, mit einer geringen Besucherzahl veranstalteten Liederabende deutlich an (2012: 17; 2013: 47).

Linksextremismus

Das **Personenpotenzial** im Bereich Linksextremismus ist 2013 mit 27.700 Personen leicht rückläufig. Diese Entwicklung resultiert in erster Linie aus der gesunkenen Mitgliederzahl in den marxistisch-leninistischen, trotzkistischen und sonstigen revolutionär-marxistischen Zusammenschlüssen (2013: 21.600 Mitglieder), aber auch aus der leicht rückläufigen Zahl der gewaltbereiten Linksextremisten (2013: 6.900).

| Linksextremismuspotenzial¹ | | |
|--|---------------|---------------|
| | 2012 | 2013 |
| Gewaltbereite Linksextremisten | 7.100 | 6.900 |
| davon: | | |
| Autonome | 6.400 | 6.100 |
| Anarchisten | 700 | 800 |
| Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten² | 22.600 | 21.600 |
| Summe | 29.700 | 28.500 |
| nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften³ | 29.400 | 27.700 |

1 Die Zahlen sind z.T. geschätzt und gerundet.
2 Die Zahl beinhaltet auch das Personenpotenzial der offen extremistischen Zusammenschlüsse innerhalb der Partei DIE LINKE.
3 Die Mehrfachmitgliedschaften im Bereich der Parteien und sonstigen Zusammenschlüsse wurden vom Gesamtpotenzial abgezogen.

Ogleich die Zahlen der gewaltbereiten Linksextremisten und der versuchten Tötungsdelikte (2012: 8, 2013: 3) rückläufig waren, ist das **Gewaltpotenzial** im Linksextremismus gegenüber dem vergangenen Jahr angestiegen. Dies manifestiert sich in der deutlich angestiegenen Zahl der Gewalttaten. Es zeigt sich darüber hinaus in der sinkenden Hemmschwelle zur Anwendung von Gewalt, sowohl bei Demonstrationen gegen Polizeibeamte als auch gegen Polizeieinrichtungen sowie gegen den politischen Gegner (vor allem tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten). Entsprechende Gewalttaten gelten im linksextremistischen Spektrum als legitim und werden weitgehend akzeptiert, soweit sie Men-

schenleben nicht direkt gefährden. In der autonomen Szene besteht weiterhin Konsens, gezielte Angriffe mit Tötungsabsicht abzulehnen; schwere Verletzungen, die auch zum Tode führen können, werden hingegen in Kauf genommen.

Linksextremistische Gewalt soll Signalwirkung haben – auch gegenüber der eigenen Szene, die zu Nachfolgetaten animiert werden soll. Bei Demonstrationen initiieren Linksextremisten Gewalt auch in der Hoffnung, dass andere, oftmals unpolitische Personen, die Gewalt weiter fortführen und verschärfen.

Militanz soll den politischen Forderungen als Verstärker für Kampagnen Nachdruck verleihen. Aus diesem Grund wird in der Szene immer wieder die Diskussion geführt, bis zu welchem Grad Gewalt „vermittelbar“ ist, inwieweit sie von den nichtmilitanten Personen befürwortet oder zumindest noch toleriert werden kann. Letztlich geht es darum, die unterschiedlichen Herangehensweisen oder Strategien zusammenzubringen, von Demonstrationen und Blockaden bis hin zu militanten Aktionen. Hauptträger linksextremistischer Gewalt sind die Autonomen, die die kollektive Ausübung von Massenmilitanz als sinnstiftende Erfahrung erleben. Autonome sprechen davon, verschiedene Aktionsformen zusammenzuführen: „Sabotage und Sitzblockade, Massenmilitanz und ziviler Ungehorsam, Subversion und Kommunikationsguerilla“.

Autonome Personenzusammenhänge – die meisten von ihnen treten ohne Organisations- oder Gruppenbezeichnung auf oder wechseln diese – verübten zahlreiche objektbezogene Anschläge, auch im Umfeld von Großveranstaltungen sowie im Rahmen von Kampagnen. Straf- und Gewalttaten gab es zudem – verbrämt als „Massenmilitanz“ – im Zusammenhang mit Demonstrationen und Kundgebungen, oftmals in Form einer konfrontativen Auseinandersetzung mit der Polizei.

Einige Beispiele:

- Im Nachgang zur „Revolutionären 1. Mai-Demonstration“ in Berlin kam es – als „militante Ergänzung“ bezeichnet – zu mehreren Brandstiftungen und Sachbeschädigungen. So wurden z.B. am 2. Mai 2013 Brandanschläge auf einen Kabelschacht sowie einen Verteilerkasten verübt, mit denen der S-Bahn-Verkehr im

Westen der Stadt und die Fernbahnstrecke Berlin – Magdeburg über mehrere Stunden erheblich gestört wurden.

- Im Zusammenhang mit der Kampagne „Krieg beginnt hier. War starts here. Kampagne gegen die kriegerische Normalität“ kam es zu einem Anschlag mit extrem hohem Sachschaden: In zeitlicher Nähe zu einem im Juli 2013 durchgeführten „antimilitaristischen“ Camp gegen das Gefechtsübungszentrum bei Magdeburg (Sachsen-Anhalt) setzten unbekannte Täter in der rund 100 km südwestlich vom Camp gelegenen Elbe-Havel-Kaserne in Havelberg (Sachsen-Anhalt) eine Vielzahl von Bundeswehrfahrzeugen in Brand. Hierbei entstand ein Sachschaden in Höhe von rund zehn Millionen Euro.
- Am 21. Dezember 2013 konnten in Hamburg im Rahmen der Kampagne „Flora bleibt unverträglich“ durch geschickte Verknüpfung mit aktuellen Problemen der Stadtsanierung und der Flüchtlingspolitik etwa 7.300 Personen mobilisiert werden, darunter bis zu 4.000 gewaltbereite Linksextremisten. Die Ausschreitungen bei den Demonstrationen gehörten zu den schwersten seit den 1980er Jahren. Bereits zu Beginn eskalierte die Situation, nachdem Polizeikräfte massiv angegriffen worden waren. Insgesamt wurden über 160 Polizeibeamte verletzt, einer davon schwer. Auch nach Auflösung der Veranstaltung durch die Polizei kam es in mehreren Hamburger Stadtteilen zu weiteren Sachbeschädigungen.

Trotz der zum Teil hemmungslosen Gewalt ist derzeit im Linksextremismus keine terroristische Dimension erkennbar. Terroristische Bestrebungen sind jedoch grundsätzlich auch im Linksextremismus in Betracht zu ziehen.

Linksextremisten engagieren sich seit Jahren vor allem in den **Aktionsfeldern** „Antirepression“, „Antimilitarismus“, „Antifaschismus“, „Antigentrifizierung“ („Kampf um die Stadt“), „Antirassismus“ und „Internationalismus“. Zudem versuchen sie, sich in gesellschaftliche Protestbewegungen einzubringen, deren Unterstützer sie als Potenzial für ihre systemüberwindenden Ziele instrumentalisieren wollen. Ideologische

Grundlage bleibt die Ablehnung des Kapitalismus, den Linksextremisten mit unserer gesamten Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung gleichsetzen, wobei übereinstimmend behauptet wird: Nicht der Kapitalismus ist in der Krise, der Kapitalismus selbst ist die Krise, als Auslöser von Kriegen, Rassismus, ökologischen Katastrophen, sozialer Ungleichheit und Wohnraumzerstörung.

Marxisten-Leninisten verfügen derzeit nicht über wirkmächtige eigenständige Organisationen. Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP), die mit einem neuen Vorsitzenden einen noch radikaleren orthodox-kommunistischen Kurs steuern wird, und maoistische Gruppierungen sind selbst im linksextremistischen Spektrum lediglich Randerscheinungen. Andere versuchen ebenso wie trotzkistische Gruppen („Entrismus“), Einfluss in der Partei DIE LINKE zu gewinnen und auszuüben.

Islamismus/islamistischer Terrorismus

Das islamistische Personenpotenzial in Deutschland ist von 42.550 (2012) auf 43.190 gestiegen. Der Anstieg beruht insbesondere auf dem stetigen Zuwachs bei den Anhängern salafistischer Bestrebungen in Deutschland.

| Islamismuspotenzial¹ | | |
|---|--------------------------|--------------------------|
| Organisationen² | 2012 | 2013 |
| „Al-Qaida“ und affilierte terroristische Organisationen | keine gesicherten Zahlen | keine gesicherten Zahlen |
| Islamistisch-kurdische Netzwerke/ „Ansar al-Islam“ (AAI) | keine gesicherten Zahlen | keine gesicherten Zahlen |
| „Islamische Bewegung Usbekistans“ (IBU) | keine gesicherten Zahlen | keine gesicherten Zahlen |
| Salafistische Bestrebungen | 4.500 | 5.500 |
| „Hizb Allah“ | 950 | 950 |
| „Harakat al-Muqawama al-Islamiya“ (HAMAS) | 300 | 300 |
| „Nordkaukasische Separatistenbewegung“ (NKSB) | 500 | 250 |
| „Türkische Hizbullah“ (TH) | 350 | 350 |
| „Hezb-e Islami-ye Afghanistan“ (HIA) | 200 | 200 |
| „Hizb ut-Tahrir“ (HuT) | 300 | 300 |
| „Muslimbruderschaft“ (MB) | 1.300 | 1.300 |
| „Tablighi Jama'at“ (TJ) | 700 | 700 |
| „Islamisches Zentrum Hamburg e.V.“ (IZH) | keine gesicherten Zahlen | keine gesicherten Zahlen |
| „Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e.V.“ (IGMG) | 31.000 | 31.000 |
| Sonstige³ | 2.450 | 2.340 |
| Summe | 42.550 | 43.190 |

1 Die Zahlenangaben beziehen sich auf Deutschland und sind z.T. geschätzt und gerundet.
2 Die Reihenfolge der Auflistung ist geordnet von terroristischen Organisationen bis zu Organisationen, die auf Gewalt verzichten.
3 Weitere Organisationen, deren Mitglieder- und Anhängerzahlen im Islamismuspotenzial zu berücksichtigen sind.

Die verschiedenen Ausprägungen des Islamismus unterscheiden sich sowohl in ihrem Anspruch (regional oder global) als auch in ihren Mitteln (legalistisch, gewaltorientiert oder terroristisch). Allen Ausprägungen gemeinsam ist der Missbrauch der Religion für politische Ziele.

Deutschland liegt nach wie vor im Zielspektrum des **islamistischen Terrorismus**. Dies zeigen u.a. die zahlreichen anhängigen Gerichtsverfahren, darunter der Prozess gegen vier mutmaßliche „al-Qaida“-Mitglieder, die dringend verdächtig sind, in direktem Auftrag der Führung einen Terroranschlag in Deutschland geplant zu haben sowie die Anklageerhebung wegen eines geplanten Attentats auf einen Rechtsextremisten und wegen des gescheiterten Anschlags auf den Bonner Hauptbahnhof im Dezember 2012.

Der **Bürgerkrieg in Syrien** stand 2013 im Zentrum der islamistischen Propaganda. Die dortige Entwicklung wird im gesamten „jihadistischen“ Spektrum mit großer Aufmerksamkeit verfolgt: Wegen der Brutalität der Auseinandersetzung, für die die anderen Konfliktparteien verantwortlich gemacht werden, und der Möglichkeit, Kampferfahrung zu sammeln.

Die hohe Emotionalisierung wird in Deutschland (und in Europa insgesamt) von zwei Entwicklungen begleitet: zum einen von einer beispiellosen **Propagandawelle** zur Unterstützung („jihadistisch“-)islamistischer Kräfte, zum anderen von einer **Ausreisewelle** von Islamisten nach Syrien. Für viele Islamisten aus Europa sind Reisen zu einem „Jihad“-Schauplatz sowie die Bereitschaft zum bewaffneten Kampf bis hin zur Opferung des eigenen Lebens („Märtyrerkult“) Ausdruck ihres Selbstverständnisses.

Islamistische Syrien-Propaganda soll Muslime in Deutschland zu Geld- und Sachspenden bewegen, mit denen den „notleidenden Brüdern und Schwestern“ in Syrien geholfen und der Widerstand gegen das Regime moralisch und logistisch, möglicherweise auch finanziell und personell unterstützt wird. Diese Propaganda zielt ausschließlich auf Hilfe nur für die Sunniten ab. Diese Fokussierung spiegelt die Konfessionalisierung des Konflikts in Syrien auch in Deutschland wider. Sogenannte Benefizveranstaltungen in und im Umfeld von meist salafistisch geprägten

Moscheen, die regelmäßig im gesamten Bundesgebiet durchgeführt werden, dienen ebenso wie das Internet (vor allem über Videobotschaften) als Plattformen der Propaganda. Neben zentralen Personen der salafistischen Szene tritt hier auch eine große Anzahl von Aktivisten in Erscheinung, die die Propaganda über soziale Netzwerke in die unterschiedlichsten Zielgruppen tragen. Wie islamistische Agitation überhaupt, lebt auch die islamistische Syrien-Propaganda von Emotionalisierung und historisierenden Narrativen: Schluchzen, Tränen und Wutausbrüche begleiten die Reden. Mitleiderregende oder schockierende Bilder (bzw. Videos) sowie religiös-mythologische Erzählungen über „al-Sham“ (das historische „Groß-Syrien“) als den „Ort des Endkampfes vor dem Jüngsten Gericht“ sollen den Widerstand „legitimieren“. Sie sind geeignet, für den gewaltsamen Kampf gegen das Assad-Regime zu rekrutieren. Salafistische Propagandisten mit ursprünglich unterschiedlichen Positionen agieren in diesem Zusammenhang gemeinsam.

Bis Anfang 2014 lagen Erkenntnisse zu mehr als 270³ deutschen Islamisten bzw. Islamisten aus Deutschland vor, die in Richtung Syrien ausgehert sind, um sich an den Kampfhandlungen zu beteiligen oder den Widerstand gegen das Assad-Regime in sonstiger Weise zu unterstützen – ein Trend, dessen Ende nicht abzusehen ist. Von den ausgeherten Islamisten sind bereits einige nach Deutschland zurückgekehrt. Personen, die in Syrien oder der Region ein terroristisches Ausbildungslager absolviert bzw. aktiv an Kampfhandlungen teilgenommen haben, stellen bei einer Wiedereinreise nach Deutschland ein besonderes Sicherheitsrisiko dar. Von diesem Personenkreis können sicherheitsgefährdende Aktivitäten drohen bzw. bei Verbleib in der Region Gefährdungen deutscher oder ausländischer Interessen ausgehen. So könnten Einzeltäter oder Personen mit bestehender Anbindung an eine „jihadistische“ Gruppierung in Syrien nach ihrer Rückkehr nach Deutschland Anschlagplanungen verfolgen. Des Weiteren können Personen, die aus Syrien zurückkehren, eine Vorbildfunktion wahrnehmen, aus der heraus sie weitere – insbesondere junge – Muslime für den „Jihad“ in Syrien rekrutieren.

Der „**individuelle Jihad**“ gewinnt zunehmend an Bedeutung. Die Zahl der Aufrufe zu einem „individuellen Jihad“, zu Terroranschlägen durch organisationsungebundene und vor Ort lebende Einzeltäter, ist weiter-

hin hoch. Die unter diesem Signum begangenen Anschläge – von Arid Uka in Frankfurt am Main über Mohammad Merah in Frankreich bis hin zu dem Anschlag im Jahr 2013 auf den Boston-Marathon und die Ermordung eines britischen Soldaten in London – zeigen die Brisanz dieser Kampfform. Das englischsprachige Online-Magazin „INSPIRE“ von „al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAH) bezeichnete den Sprengstoffanschlag auf den Marathonlauf in Boston als „Demonstration der Effektivität des individuellen Jihad“. Dieser Modus Operandi wird von „jihadistischen“ Strategen als die erfolgversprechendste Maßnahme gegen den technologisch überlegenen Westen bezeichnet. Er findet zudem einen anhaltenden Widerhall in „jihadistischen“ Foren. „INSPIRE“ forderte beispielsweise im März 2013 zu Aktionen in Form von „Tausend kleinen Nadelstichen“ auf.

Der **Salafismus** bleibt in Deutschland wie auch auf internationaler Ebene die zurzeit dynamischste islamistische Bewegung. Auch 2013 stieg die Zahl der Anhänger weiter an: Dem salafistischen Spektrum wurden Ende 2013 5.500 Personen zugerechnet (2012: 4.500). Mit einer weiteren Zunahme des salafistischen Personenpotenzials ist auch im Jahr 2014 zu rechnen. Der Salafismus ist eine besonders radikale Variante des Islamismus, die vorgibt, sich ausschließlich an den Prinzipien des Koran, dem Vorbild des Propheten Muhammad und der ersten drei Generationen der Muslime zu orientieren. Ziel von Salafisten ist die vollständige Ausrichtung von Staat, Gesellschaft und individueller Lebensgestaltung nach diesen als „gottgewollt“ postulierten Normen. Beispielhaft für diese Sichtweise ist die Einlassung eines verurteilten Salafisten, der im Januar 2014 vor dem Bonner Landgericht ausrief: „Allah hat als einziger das Recht zu entscheiden und nicht das Volk“. Nachdem er eine Ausgabe des Koran in die Höhe gehalten und den Koran als seine Gesetzgebung bezeichnet hatte, warf er mit den Worten „und das ist das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland“ Seiten einer Ausgabe des Grundgesetzes zu Boden.

Salafisten verbreiten ihre Ideologie durch massive Propaganda, die sie verharmlosend als „Da’wa“ (arab. für Missionierung) bezeichnen. Die salafistische Indoktrinierung ist deswegen so erfolgreich, weil sie neben dem ideologischen Überbau auch essenzielle soziale Bedürfnisse der Ori-

entierung suchenden Menschen anspricht. Der Salafismus erzielt seine Breitenwirkung vor allem über deutschsprachige Webseiten und Kurzvideos im Internet. Daneben organisieren Salafisten bundesweit Veranstaltungen (z.B. Kundgebungen, Spendensammlungen, „Islamseminare“ und Infostände).

Der Bundesminister des Innern hat mit Verfügungen vom 25. Februar 2013 das salafistische Missionierungsnetzwerk „DawaFFM“, den „Internationalen Jugendverein – Dar al Schabab e.V.“ als dessen Teilorganisation sowie den Verein „Islamische Audios“ (auch „DawaTeam Islamische Audios“) verboten. Die Verbote wurden am 13. März 2013 vollzogen.⁴

Islamisten haben das **Mobilisierungs- und Rekrutierungspotenzial in den Haftanstalten** erkannt. In Deutschland werben verschiedene Projekte mit eigenem Internetauftritt für die Unterstützung inhaftierter Islamisten und letztlich für den „jihadistischen“ Salafismus. In sozialen Netzwerken wird in Beiträgen für Solidarität und materielle Unterstützung geworben. Die Veröffentlichung von Briefen der Inhaftierten dient dem „Heldenstatus“ der Inhaftierten. Da diese aufgrund ihrer Situation häufig besonders anfällig für Ideologien sind, die ihnen Halt und Stabilität versprechen, besteht gerade bei inhaftierten Islamisten die besondere Gefahr einer weiteren Radikalisierung in den Justizvollzugsanstalten. Inhaftierte Islamisten könnten zudem in der Lage sein, andere Häftlinge zu radikalisieren.

Bei antiimperialistischen Linksextremisten und Neonazis gibt es zuweilen unverhohlene Freude und Zustimmung zu dem kompromisslosen Kampf der Islamisten gegen den Westen, speziell gegen die USA und Israel. Neonazis beziehen sich oftmals positiv auf den antisemitischen Hass der „Jihadisten“.

Islamisten hingegen reagieren auf rechtsextremistische Provokationen insbesondere dann mit einem erheblichen Ausmaß an Militanz, wenn sie den Propheten Muhammad beleidigt sehen. Dies zeigte sich beispielhaft in den mutmaßlichen Anschlagsvorbereitungen gegen den Vorsitzenden der Partei „Bürgerbewegung pro NRW“ im März 2013. Die islamkritischen und islamfeindlichen Äußerungen rechtsextremistischer und rechtspopulistischer Gruppierungen bieten Salafisten die vermeintliche Legitima-

⁴ „DawaFFM“ und seine Teilorganisation „Internationaler Jugendverein – Dar al Schabab e.V.“ haben gegen das Verbot beim Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) Klage eingereicht. Mit Urteil vom 14. Mai 2014 hat das BVerwG die Rechtmäßigkeit der Verbote bestätigt.

tion für ihre gewalttätigen Aktionen. Sie sehen solche Aktionen und den staatlichen Schutz für dieses Demonstrationsgeschehen als Angriff auf den Islam und rechtfertigen so ihren „Kampf/Jihad“ in Deutschland.

Die islamistischen Organisationen **HAMAS** und „**Hizb Allah**“, deren Ziel die Vernichtung des jüdischen Staates Israel ist, sind auf ihre Herkunftsregionen fokussiert und wenden schwerpunktmäßig dort terroristische Gewalt an. Europa gilt ihnen hingegen als Rückzugsraum, in dem sie beispielsweise Spendengelder sammeln. Die von Deutschland aus feststellbaren finanziellen sowie logistischen Hilfen fördern den bewaffneten Kampf gegen Israel. Dessen Akteure erfahren aus dem Bewusstsein, dass die Hinterbliebenen der „Märtyrer“ eine gesicherte finanzielle und soziale Versorgung erhalten, eine unterstützende Motivation, ihr Leben im Kampf gegen Israel zu opfern. Der Bundesminister des Innern hat am 8. April 2014 den Verein „Waisenkinderprojekt Libanon e.V.“ (WKP) verboten. Die in Deutschland vom WKP gesammelten Gelder waren an die „Shahid-Stiftung“ („Märtyrer-Stiftung“) mit Sitz im Libanon transferiert worden, im Zeitraum von 2007 bis Mitte 2013 beispielsweise ein Betrag in Höhe von 3.296.888 Euro. Die „Shahid-Stiftung“ ist eine „Wohltätigkeitsorganisation“, die Waisenkinder sowie Hinterbliebene von getöteten „Hizb Allah“-Kämpfern betreut. Als sozial tätige Struktur ist sie integraler Bestandteil der „Hizb Allah“ und flankiert deren gegen Israel gerichteten terroristischen Aktivitäten.

Legalistische Gruppierungen versuchen mit politischen Mitteln, ihren Mitgliedern ein nach ihrer Interpretation islamkonformes Leben in Deutschland zu ermöglichen. Mitgliederstärkste Gruppierung dieses Spektrums ist die „**Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e.V.**“ (IGMG) mit 31.000 Mitgliedern, die sich in einer personellen und strukturellen Umbruchphase befindet. Der Vorsitzende der IGMG forciert weiterhin die Professionalisierung der Arbeit der IGMG und richtet deren Profil deutlich religiöser aus.

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern (ohne Islamismus)

Das **Personenpotenzial** im Bereich nichtislamistischer sicherheitsgefährdender bzw. extremistischer Ausländerorganisationen in Deutschland ist im Jahr 2013 mit 28.810 Personen gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben. Die Aktivitäten dieser Gruppierungen werden ganz wesentlich durch politische Entwicklungen und Ereignisse in den jeweiligen Heimatländern bestimmt. Entsprechend zielen sie vorrangig auf eine radikale Veränderung der politischen Verhältnisse im Heimatland. Deutschland gilt den meisten dieser Gruppierungen als sicherer Rückzugsraum. Von hier aus können sie die Heimatorganisationen propagandistisch, vor allem aber auch materiell und finanziell unterstützen.

| Mitgliederpotenzial extremistischer Ausländerorganisationen^{1,2} (ohne Islamismus) | | |
|--|---------------|------------------|
| | 2012 | 2013 |
| Linksextremisten | 17.970 | 16.970 |
| davon: | | |
| „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) | 13.000 | 13.000 |
| „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C) | 650 | 650 |
| „Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML) | 1.300 | 1.300 |
| „Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP) | 600 | 600 |
| „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE) | 1.000 | |
| Sonstige | 1.420 | 1.420 |
| Separatisten³ | | 1.790 |
| davon: | | |
| „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE) | | 1.000 |
| extremistische Sikhs | | 790 ⁴ |
| extreme Nationalisten | 10.840 | 10.050 |
| Summe | 28.810 | 28.810 |

1 Die Zahlenangaben beziehen sich auf Deutschland und sind z.T. geschätzt und gerundet.
2 Hier werden auch Mitglieder/Sympathisanten der mit Verbot belegten Gruppen gezählt.
3 Neue systematische Darstellung des Personenpotenzials ab 2013.
4 In den Vorjahren unter der Rubrik extreme Nationalisten ausgewiesen.

Die „**Arbeiterpartei Kurdistans**“ (PKK) hält unverändert an ihrem Ziel einer politischen und kulturellen Autonomie der Kurden in ihren Siedlungsgebieten bei Aufrechterhaltung nationaler Grenzen fest. Die im Dezember 2012 begonnenen Sondierungsgespräche zwischen der türkischen Regierung und der PKK-Führung wurde von deren Führer Abdullah Öcalan durch einen Friedensaufruf vom März 2013 „offiziell“ bestätigt. Der Prozess, der auf beiden Seiten von großem Misstrauen und nur schwer erfüllbaren Bedingungen begleitet wird, ist mittlerweile ins Stocken geraten. Die weiterhin in hohem Maße mobilisierungsfähige PKK – die etwa 13.000 Anhänger zählende Organisation, die in Deutschland einem Betätigungsverbot unterliegt, konnte beispielsweise 2013 für das „Kurdische Kulturfestival“ in Dortmund (Nordrhein-Westfalen) knapp 25.000 Personen mobilisieren – hat ihre Anhänger in Deutschland auf eine Abkehr von militanten Aktionen eingeschworen: eine Tendenz, die mit einem Scheitern der Friedensverhandlungen wieder Makulatur sein könnte. Gewalt bleibt für die PKK gleichwohl ein strategisches Element, über das sie je nach politischer Situation entscheidet.

Ein Beleg hierfür ist die auch in Deutschland anhaltende Anwerbung von Rekruten für den bewaffneten Kampf in der Türkei. Ein weiterer Beleg sind die Kampfhandlungen in Syrien, in die auch die dortige Zweigorganisation der PKK („Partei der demokratischen Union“ – PYD) militärisch involviert ist. Gerade die Kämpfe in Syrien werden von der PKK propagandistisch genutzt. Obwohl die PYD in ihrer Satzung den „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA GEL) als höchste legislative Gewalt des kurdischen Volkes anerkennt, wird versucht, sie als eigenständige Organisation erscheinen zu lassen.

Dies ist Teil einer PKK-Taktik, das Image einer verbotenen Organisation abzustreifen und scheinbar legale Strukturen aufzubauen. In diesen Kontext gehören auch Versuche, das Betätigungsverbot mithilfe politischer Initiativen und einer gezielten Lobbyarbeit infrage zu stellen.

Die in Deutschland verbotene „**Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front**“ (DHKP-C) setzte 2013 ihre Mitte 2012 in der Türkei begonnene Terroroffensive gegen Institutionen des Staates und der Wirtschaft fort. Ein Selbstmordattentäter, der zuvor mehrere Jahre in Deutschland poli-

tisch aktiv gewesen war, verübte einen Sprengstoffanschlag auf die US-amerikanische Botschaft in Ankara.

In Deutschland ist die DHKP-C hauptsächlich über ihre Tarnorganisation „Anatolische Föderation“ tätig. Sie versucht insbesondere über eine Anti-Rassismus-Kampagne, in der sie schwere Anschuldigungen gegenüber dem Staat erhebt, bei Migranten Anerkennung zu finden. Obgleich sie Europa als Rückzugsraum betrachtet und hier nicht militant agiert, bleibt deutlich, dass die Gesamtorganisation die Terrorangriffe des bewaffneten Flügels mitträgt, beispielsweise durch den Todeskult im obliquen Gedenken an die sogenannten Märtyrer.

Auch im Jahr 2013 wurden wieder zahlreiche Ermittlungs- und Strafverfahren gegen DHKP-C-Funktionäre und Aktivisten geführt.

Der Ideologie der türkisch-nationalistischen „**Ülkücü**“-**Bewegung** liegt ein übersteigter Nationalismus zugrunde, verbunden mit einer Überhöhung der eigenen Ethnie. Kennzeichen der Ideologie ist eine ausgeprägte, oft auch rassistische Feindbildorientierung gegenüber ethnischen Minderheiten in der Türkei. Hierzu gehören Kurden, Armenier, Griechen und Juden. Die hieraus resultierende latente Gewaltbereitschaft fällt insbesondere bei den über das Internet vernetzten Anhängern der „Ülkücü“-Jugendbewegung auf fruchtbaren Boden. Die kämpferische Auseinandersetzung mit dem „Feind“ zeigt sich auch in den im Internet verbreiteten Videos und Bildern. Im Juni 2013 durchsuchte die Polizei in drei Bundesländern rund 20 Objekte von Personen, die der „Ülkücü“-Bewegung angehören. Dabei wurden zwei scharfe Schusswaffen mit Munition, Schreckschusswaffen, Schlagstöcke, Elektroschocker und Samuraj-Schwerter sichergestellt.

Die separatistischen südasiatischen Organisationen in Deutschland blieben im Jahr 2013 weitgehend unauffällig und waren mit dem Aufbau organisatorischer Strukturen beschäftigt.

Bei den „**Liberation Tigers of Tamil Eelam**“ (LTTE) ist es offenbar zu einer Annäherung der beiden Flügel der Organisation gekommen. Inwieweit dies mit einer Änderung strategischer Prämissen, demnach mit einer Neuaufgabe des bewaffneten Kampfes oder aber einer friedlichen, konsensorientierten Agitation verbunden sein wird, bleibt ebenso abzuwarten, wie ein möglicher Zusammenschluss in einer einheitlichen Organisation.

Extremistische Sikh-Organisationen in Deutschland werden ihre propagandistische Unterstützung der Separationsbestrebungen ihrer Mutterorganisationen auch künftig fortsetzen.

Bedeutung des Internets für extremistische Bestrebungen

Das Internet garantiert eine schnelle Verbreitung und enorme Reichweite mit weitgehenden Gestaltungsfreiheiten. Aufgrund der Möglichkeit, anonym zu veröffentlichen, werden extremistische Positionen offen und unverhohlen dargestellt.

2013 zeigte sich die Bedeutung des Internets insbesondere in der islamistischen Syrien-Propaganda. Die Glorifizierung kämpfender Einheiten in Konfliktgebieten wird mit dem direkten Aufruf verknüpft, sich dem gemeinsamen Kampf anzuschließen. Die propagandistische Agitation der Islamisten ist ein Grundstein für die Ausreisewelle von „Jihadisten“ in das Kampfgebiet.

Im **Rechtsextremismus** ist vor allem die im Internet massiv unterstützte Kampagne gegen Asylbewerber hervorzuheben. Ein markantes Beispiel rechtsextremistischer Einflussnahme in der „Asyldebatte“ ist die überwiegend im Internet agierende „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“ mit den zahlreichen Kommentaren vorgeblicher Anwohner in eindeutig rechtsextremistischer Diktion auf der Facebook-Seite.

Linksextremisten dient die elektronische Kommunikation als Mittel zu „Mobilisierung und Revolte“, so z.B. auch zu Demonstrationen. Sie nutzen gruppenunabhängige Internetplattformen wie „Indymedia Deutschland“ oder „linksunten.indymedia“, um eine „von staatlichen Kontrollen und kapitalistischen Interessen“ freie „Gegenöffentlichkeit“ zu etablieren und vor allem Taterklärungen oder Selbstbeziehungsschreiben zu veröffentlichen.

Links- und Rechtsextremisten werben in Videos mit zum Teil martialischen Bildsequenzen für ihre Demonstrationen, ein Effekt, der erkennbar auf Emotionalisierung und Einstimmung auf gewalttätige Aktionen zielt.

Zu den Internetpräsenzen, auf denen sich in besonders massiver Art und Weise rechtsextremistische Agitation und Propaganda entfaltet, zählt die – seit 2012 indizierte – Internetplattform „Altermedia Deutschland“. Neben einer rechtsextremistisch verzerrten Berichterstattung über das ak-

tuelle Zeitgeschehen werden auch Aktivitäten und Geschehnisse in der rechtsextremistischen Szene positiv kommentiert.

Durch das Internet eröffnen sich vielfältige Inspirationsquellen, Handlungsanleitungen, die – ideologisch entkernt – für alle extremistisch-terroristischen Gruppen nutzbar sind. Gruppen unterschiedlicher Couleur lernen hier voneinander, zumindest was den Modus Operandi militanter Aktionen angeht.

Mit den neuen technischen Mitteln verändern sich auch Agitations- und Radikalisierungsvarianten: Das Internet wird zum Katalysator neuer Strukturen im Extremismus, zur Keimzelle neuer Aktionsformen in der Realwelt.

Das Medium Internet wird bei der Verbreitung extremistischer Propaganda, als Kommunikationsplattform und nicht zuletzt bei der Koordination von Aktivitäten weiter an Bedeutung gewinnen: eine Entwicklung, der sich die Sicherheitsbehörden mit geeigneten Mitteln entgegenstellen müssen.

Spionage und sonstige nachrichtendienstliche Aktivitäten

Fremde Nachrichtendienste betreiben nach wie vor mit einem hohen organisatorischen und finanziellen Aufwand Spionage gegen Deutschland. Das Interesse gilt Deutschland als weltpolitischem Akteur, als NATO- und EU-Mitglied und schließlich auch seiner Wirtschaftskraft und seinen innovativen Unternehmen. Weiteres Ausforschungsziel der Dienste sind systemoppositionelle Gruppen aus ihren Heimatländern.

Hauptträger der **Spionageaktivitäten gegen Deutschland** sind nach wie vor die Russische Föderation und die Volksrepublik China. Doch auch Dienste anderer Staaten sind gegen Deutschland aktiv. Die zweite Hälfte des Jahres 2013 war geprägt von den im Zusammenhang mit den Veröffentlichungen Edward Snowdens insbesondere gegen die USA erhobenen Spionagevorwürfen.

Spionage gegen unser Land wird sowohl mit menschlichen Quellen als auch technikgestützt durchgeführt, sowohl offen als auch konspirativ.

Die Nachrichtendienste fremder Staaten sind an den jeweiligen amtlichen oder halbamtlichen Vertretungen in Deutschland präsent. Hier unterhalten sie mit Legalresidenturen abgetarnte nachrichtendienstliche Stützpunkte. Aus diesen Basen knüpfen Nachrichtendienstoffiziere Kontakte zu Zielpersonen und versuchen auf diesem Weg, an die gewünschten Informationen zu gelangen.

Aber nicht nur aus den Legalresidenturen heraus werden fremde Nachrichtendienste tätig. Auf eigenem Hoheitsgebiet stehen ihnen umfangreiche Rechte und Möglichkeiten zur Verfügung, Informationen über ausländische Staatsangehörige zu sammeln. Auch reisen Nachrichtendienstoffiziere aus der Dienstzentrale zu Erkundungs- und Treffreisen in andere Länder.

Russische Nachrichtendienste setzen auch weiterhin sogenannte Illegale ein. Das sind Nachrichtendienstmitarbeiter, die mit einer Falsch-identität ausgestattet in Zielländer eingeschleust werden. Aufgrund guter Tarnung können sie dort langfristig Spionageeinsätze durchführen oder vorübergehend bestimmte nachrichtendienstliche Aktivitäten als „Reise-Illegale“ erledigen.

Im Zeitalter der Digitalisierung gewinnt die technische Informationsbeschaffung stetig an Bedeutung. **Cyberspionage** fremder Dienste stellt die Spionageabwehr vor besondere Herausforderungen: technologisch, rechtlich und analytisch, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass „**Elektronische Angriffe**“ sowohl zur Spionage als auch zur Sabotage genutzt werden können. Der Schutz Kritischer Infrastrukturen gewinnt an Bedeutung.

Die zunehmende Wirkungskraft digitaler Spionage geht aber keineswegs einher mit einem Bedeutungsverlust menschlicher Quellen. Einem „Innentäter“ – an der „richtigen“ Stelle platziert – kann es heute möglich sein, eine solche Fülle an geheimen Informationen zu erlangen, wie es in früheren Zeiten selbst einem Netz von Agenten nicht möglich gewesen wäre.

Darüber hinaus bemühen sich einige Länder, in den Besitz von Technologien für Massenvernichtungswaffen zu gelangen. Sie versuchen, Kontrollmaßnahmen in den Ausfuhrländern durch Lieferungen über Drittländer zu verschleiern oder durch die Beschaffung von Gütern, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke verwendet werden können („dual use“-Güter) zu umgehen. Die Weiterverbreitung von atomaren, biologischen oder chemischen Massenvernichtungswaffen bzw. der zu ihrer Herstellung verwendeten Produkte sowie entsprechender Waffenträgersysteme (z.B. Raketen und Drohnen) einschließlich des dafür erforderlichen Know-hows wird als **Proliferation** bezeichnet.

Als bedeutende Industrienation ist Deutschland ein wichtiges Ziel für proliferationsrelevante Beschaffungsbemühungen. Insbesondere die Aktivitäten des Iran und Nordkoreas geben großen Anlass zur Sorge.

Der Technologie- und Forschungsstandort Deutschland weckt aber auch weitere Begehrlichkeiten. Fremde Staaten und ihre Nachrichtendienste versuchen, auf vielfältige Weise Informationen und Know-how abzuschöpfen mit dem Ziel, der eigenen Volkswirtschaft Wettbewerbsvorteile zu verschaffen und möglichst schnell Technologielücken zu schließen.

Die Bundesregierung misst dem **Wirtschaftsschutz** und seinem Ziel, deutsches Know-how als Wettbewerbsvorteil zu sichern, hohe Bedeutung zu. Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder

sehen sich daher in der Pflicht, auch präventiv gegen diese Bedrohungen vorzugehen.

„Scientology-Organisation“ (SO)

Der seit 2009 rückläufige Trend bei der Entwicklung der Mitgliederzahlen der „Scientology-Organisation“ (SO) setzte sich weiter fort. Nach Einschätzung der Verfassungsschutzbehörden lag die Anzahl der Mitglieder im Jahr 2013 bei rund 4.000 Personen (2012: 3.500 bis 4.500).

Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, der Großraum Hamburg sowie Nordrhein-Westfalen bilden weiterhin die regionalen Schwerpunkte in Deutschland. Auch in Hessen und Niedersachsen gibt es vergleichsweise viele Mitglieder. Insgesamt ist ein Rückgang der Aktivitäten der SO festzustellen.

Die Organisation, die sich als unpolitische Religionsgemeinschaft darzustellen versucht, lehnt den demokratischen Rechtsstaat ab. Sie strebt als Fernziel eine von ihr allein beherrschte Gesellschaftsordnung an, in der wesentliche Grund- und Menschenrechte eingeschränkt oder ganz außer Kraft gesetzt werden sollen. Dieses politische Fernziel soll durch eine langfristig ausgerichtete Expansionsstrategie erreicht werden. In diesem Sinne führte die SO auch 2013 ihre Werbeaktivitäten zur Gewinnung neuer Mitglieder regional fort. Wie schon in den Vorjahren blieben diese Aktionen in der Regel ohne größeren Zuspruch in der Bevölkerung. Die SO nutzt das Internet intensiv als zentrale Propaganda- und Werbeplattform für Imagepflege und Mitgliederakquise. Mit einer Fülle multimedialer Angebote – etwa durch die Kampagne „Jugend für Menschenrechte“ („Youth for Human Rights“) – will sie Jugendliche direkt erreichen. Die SO-Teilorganisation „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte“ (KVPM) diffamiert mit ihren Kampagnen insbesondere Psychiater und Psychologen.

Notizen

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium des Innern
Alt Moabit 101 D
10559 Berlin

Redaktion

Bundesamt für Verfassungsschutz
Stabsstelle: Zentrales Berichtswesen

Gestaltung und Druck

Bundesamt für Verfassungsschutz
IT 21.2 Print- und Mediengestaltung

Die Kurzzusammenfassung „Verfassungsschutzbericht 2013: Fakten und Tendenzen“ ist auch über das Internet abrufbar, unter:

www.verfassungsschutz.de

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwandt werden.

